

Die Zukunft des Euro: "Das Dach reparieren, wenn die Sonne scheint"

Jeden Tag berichten unzählige Nachrichten von politischen Entwicklungen. Doch eine der wichtigsten Debatten findet in Europa jenseits der öffentlichen Wahrnehmung statt: Braucht die Eurozone eine Reform? Und wenn ja, wie sollte diese Reform aussehen?

“Ein Dach repariert man, wenn die Sonne scheint.”

Wenn es um die Reform der Eurozone geht, haben die europäischen Regierungschefs diesen klugen Satz von John F. Kennedy lange ignoriert. Tun sie das weiterhin, könnte die nächste katastrophale Wirtschaftskrise vor der Tür stehen. Europa hat sich von der letzten Krise gerade einigermaßen erholt. Für uns heißt das: Jetzt handeln! Wir haben jetzt die Chance und auch die Verantwortung, die Eurozone, unser gemeinsames Dach zu reparieren.

Vor acht Jahren erschütterte die Wirtschaftskrise Europa. Schonungslos zeigten sich die Konstruktionsfehler der Eurozone. Die rigide Sparpolitik verschlimmerte die Lage in angeschlagenen Ländern nur noch mehr. Die Folge: steigende Arbeitslosenzahlen, eingeschränkter Zugang zu kostenfreier Bildung und Gesundheitswesen, sogar Zwangsräumungen, weil Mieten oder Hypotheken nicht mehr gezahlt werden konnten. Für Millionen Europäer/innen war das eine Tragödie.

Soziale Ungleichheit und Armut nahmen zu:[1] Einige Länder versanken in Schulden, andere schlugen daraus Profit. Manche Länder mussten hohe Arbeitslosenzahlen auffangen, während andere Löhne künstlich drückten, um "wettbewerbsfähiger" zu werden.[2]

Heute kann Deutschland Kredite mit einem Zinssatz von 0,39 Prozent aufnehmen. Griechenland zahlt dagegen 5,59 Prozent für seine Staatsschulden.[3] Das ist eine gewaltige Schieflage. Nutznießer sind die reichen Länder und die Banken. Schlimmer noch, gerade kassierten deutsche Banken und der deutsche Staat 1,3 Milliarden Euro an Zinsen von griechischen Steuerzahlern.[4] Die Rettungspakete waren nie dazu gedacht, Profite auf Kosten der griechischen Bevölkerung zu machen. Doch es profitierten in erster Linie französische und deutsche Banken. Soviel dazu, wie es derzeit um die "Euro-Familie" bestellt ist.

Die Institutionen, die über den Euro bestimmen - wie die Eurogruppe und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) - sind außerhalb der EU-Verträge entstanden. Sie beruhen auf Absprachen. Transparenz und Aufsicht durch das Europaparlament: Fehlanzeige.[5] Beim ESM besitzen nur Deutschland und Frankreich ein volles Vetorecht. Sowohl ESM als auch Eurogruppe treffen ihre Entscheidungen auf undurchsichtigen Wegen, ohne demokratische Kontrolle.

Für einen fairen und demokratischen Euro, der Menschen und Wirtschaft mit der Europäischen Union verbindet, ist eine Reform der Eurozone dringend notwendig.

Ob man ihre Meinung teilt oder nicht: Politiker sagen inzwischen, wir seien aus dem Größten raus, die Krise sei überstanden. Aber wenn dem so ist, ist jetzt die Zeit zum Handeln - um die Regeln in der Eurozone zu verbessern, damit sich die Tragödien und Ungerechtigkeiten nicht wiederholen. Wenn eine Gemeinschaft funktionieren soll, müssen ihre Mitglieder von Solidarität geleitet sein, nicht von Eigennutz. Ohne gegenseitige Unterstützung zerfällt Europas Gemeinschaft und wird zur leichten Beute für die billigen Parolen von Euroskeptikern und Rechtspopulisten.

Wir brauchen JETZT mehr staatliche Investitionen im Euroraum, um die drängendsten Probleme zu lösen: damit junge Menschen gute Jobs bekommen, dreckige Kohle durch erneuerbare Energien ersetzt wird und für alle Bürger/innen gute öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Dafür brauchen wir einen gemeinsamen Haushalt der Eurozone. Einen Haushalt, in den alle Länder einzahlen und der Lösungen dort unterstützt, wo sie in Europa am dringendsten gebraucht werden.

Wer bestimmt die Debatte?

Bislang: nicht die progressiven Kräfte.

Aber die Ergebnisse dieser wichtigen Debatte werden die Wirtschaftspolitik vieler Länder beeinflussen - und das Leben, die persönlichen Chancen, das Wohlbefinden von vielen Millionen Menschen. Jetzt und in der Zukunft. Die Progressiven üben sich bislang zu sehr in Zurückhaltung: Sie mischen sich kaum in die Diskussion ein; versuchen nicht, mit Bürger/innen darüber ins Gespräch zu kommen, während zeitgleich die nationalen Regierungen die Reformdebatte lieber fernab der Öffentlichkeit austragen.

Jean-Claude Juncker, der Chef der EU-Kommission, stellte vor dem Sommer ein "Diskussionspapier" zur Vertiefung der Eurozone vor.[6] Anfang September legte er bei seiner Grundsatzrede zum Stand der Union nach und forderte "mehr europäische Integration". Am 06. Dezember stellte er eine aktualisierte Version seiner Vorstellungen vor.[7]

Schwung in die Diskussion brachte der französische Präsident Emmanuel Macron Ende September. Seine Vorschläge gehen über die von Juncker weit hinaus: nämlich ein eigenes Budget für die Eurozone zu schaffen - verwaltet von einem Eurofinanzminister, der von einem Parlament der Eurozone kontrolliert wird.[8]

Die Reaktion von Wolfgang Schäuble ließ nicht lange auf sich warten. Bevor der deutsche Noch-

Finanzminister Anfang Oktober sein Amt aufgab, erteilte er Macrons Vorschlägen eine Absage. Schäuble veröffentlichte ein sogenanntes Non-Paper zur Reform der Eurozone, das man am besten so zusammenfassen kann: "Ein vereinter Euroraum? Nee. Deutschland zuerst - ja!"

Die Ministerpräsidenten von Italien und Spanien, Paolo Gentiloni und Mariano Rajoy, sowie weitere europäische Regierungschefs beteiligten sich, aber eher verhalten. Um es auf den Punkt zu bringen: Bislang wird die Debatte fast ausschließlich von Leuten geprägt, die bisher nicht mit einer progressiven Agenda aufgefallen sind. Auch die sich hinschleppenden Gespräche zur Regierungsbildung in Deutschland sind hier nicht besonders ermutigend. Dabei wird die künftige Bundesregierung mit bahnen, was an Reformen möglich ist und was nicht.

In dieser so wichtigen Diskussion, in der darüber entschieden wird, wie kooperativ unsere gemeinsame europäische Volkswirtschaft in Zukunft sein wird und wie gut oder nicht wir auf künftige Krisen vorbereitet sind, spielen progressive Kräfte oder Vertreter bislang keine Rolle. Eigene Vorschläge haben sie noch nicht auf den Tisch gelegt oder sich sonstwie dazu positioniert. Auch progressive Bewegungen schweigen bisher zu dem Thema. Wie die Reform der Eurozone aussehen wird, ist vollkommen offen: Bisherige Regeln könnten verschärft werden, die für noch mehr Sparpolitik und Entsolidarisierung stehen. Möglich ist aber auch eine Reform, die zu mehr Kooperation, Gemeinsinn und Fürsorge führt. Worauf also warten wir noch?

Wir, die Europäer/innen

Als Progressive haben wir die Chance und auch die Verantwortung, uns in die Debatte einzuschalten. Was möglich ist, sollten nicht allein Konservative und Marktliberale bestimmen. Wir haben eine progressive Vision für Europa. Es ist auch unsere Verantwortung sicherzustellen, dass Bürger/innen einbezogen werden.

WeMove Europe hat vor Kurzem dazu [den ersten Schritt gemacht](#). In nur zwei Wochen beteiligten sich 54.493 Europäer/innen, um die Verhandler um eine künftige Bundesregierung dazu aufzurufen, den Euroraum so weiterzuentwickeln, dass er von Fairness und Solidarität getragen ist. Sie fordern Mitsprache in der Debatte, weil sie eine weitere Krise fürchten, die wieder ihr Leben, ihren Job, ihre Ersparnisse treffen könnte.

Europäer/innen melden sich zu Wort

"Wenn wir unsere europäischen Werte verteidigen wollen, können wir uns nicht nur um uns selbst kümmern." (Spanischer Bürger)

"Griechenland leidet. Italien, Portugal und Spanien machen schwere Zeiten durch. Ich wünsche

mir eine EU der Solidarität, die ihre Mitgliedsländer in Notzeiten unterstützt.” (Deutscher Bürger)

“Wir Europäer werden nicht zueinander kommen, solange die Banken regieren. Wir brauchen stattdessen soziale Gerechtigkeit.” (Italienischer Bürger)

“Für Europas Werte eintreten heißt, wir treten füreinander ein.” (Französischer Bürger)

“Nur als geeintes Europa sind wir stark. ‘Deutschland zuerst’ ist kurzsichtig und nicht nachhaltig.” (Deutscher Bürger)

Engagierte Europäer/innen fordern grundlegende Veränderungen an der Architektur der Eurozone: einen ambitionierten Haushalt, der von einem Parlament kontrolliert wird; mehr staatliche Investitionen; und eine Eurogruppe, die demokratischer und transparenter ist.

Bevor sie aktiv wurden, haben uns Tausende von WeMove.EU-Interessierten in einer Umfrage ihre Meinung gesagt. Eine überwältigende Mehrheit stimmte überein: Die Eurozone kann nicht so weitermachen wie bisher. Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, wie schlecht es um Europas Solidarität in Krisenzeiten steht. Beeindruckende 85,7 Prozent derer, die aus Ländern wie Deutschland kamen, unterstützten die Aussage “Der Umgang mit der Finanzkrise hat starken Ländern wie Deutschland auf Kosten den Menschen in Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland genützt.”

Viele sagten, sie halten das Thema und die aktuelle Debatte für ausgesprochen wichtig für ihr eigenes Leben. Zugleich wünschten sie sich mehr Informationen, mehr Einzelheiten und mehr Erklärung.

Wir, die Progressiven

Ganz offensichtlich erkennen viele Menschen, wie wichtig die Debatte ist und wie groß der Reformbedarf der Eurozone - auch wenn sie keine Experten auf dem Gebiet sind. Sie fordern mehr Aufmerksamkeit für diese Fragen und wollen besser informiert werden. Worauf also warten wir noch?

Wie lange sich die Gespräche für eine neue Bundesregierung hinziehen, wissen wir nicht, genauso wenig das Ergebnis. Mitte Dezember könnte aber bei einem EU-Treffen eine Reform der Eurozone offiziell auf der Agenda stehen. Wir als Progressive haben jetzt eine historische Verantwortung, uns in diese Debatte einzumischen - bevor sie gebahnt ist und progressive Forderungen für immer unter den Tisch fallen.

Virginia López Calvo, Senior Campaigner bei We Move Europe (WeMove.EU)

Referenzen

- [1] <https://www.oxfam.org/en/pressroom/pressreleases/2015-09-09/increasing-inequality-plunging-millions-more-europeans-poverty>
- [2] <https://www.ft.com/content/a7758d5e-8566-11e6-8897-2359a58ac7a5>
<https://www.socialeurope.eu/wont-wages-europe-rise>
- [3] <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=teimf050&plugin=1>
- [4] <http://greece.greekreporter.com/2017/07/18/germany-earned-e1-3bln-from-greek-debt-crisis/>
- [5] <https://transparency.eu/european-stability-mechanism-must-become-eu-institution-to-make-it-accountable/>
- [6] https://ec.europa.eu/commission/publications/reflection-paper-deepening-economic-and-monetary-union_de
- [7] https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/com_823_de.pdf
- [8] <http://www.euronews.com/2017/09/26/watch-live-french-president-emmanuel-macron-set-to-outline-his-eu-reform-plans>